

Antrag L04.126.1: Änderungsantrag zu L04

Änderungsantrag zu L04

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 126

125 Mit Beginn des Ukraine-Krieges haben sich auch die innenpolitischen Verhältnisse
126 verändert. SPD und ~~Grüne~~Bündnis 90 gehören zu den offenen Befürwortern von Aufrüstung und
127 Militarisierung, in den bürgerlichen Massenmedien wird die Friedensbewegung als
128 „Putins fünfte Kolonne“ diffamiert.

Begründung

Eine Stärkung der Waffenindustrie, Ölbohrungen im Watt, Abstandsregeln für Windkraftträder, Deals mit Katar, nicht einmal ein Tempolimit und grundsätzlich eine Politik, die das Pariser Abkommen brechen wird, entsprechen nicht dem, was grüne Politik ausmacht. Wir machen bei dem falschen Marketing nicht mehr mit. Greenwashing ganzer Parteien finden wir unmoralisch, unehrlich und vor allem verantwortungslos, wo wir so dringend echten Klimaschutz brauchen.

Antrag L04.311.1: Änderungsantrag zu L04

Änderungsantrag zu L04

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 311 - 314

~~311 Wir senden den Impuls an alle Menschen: Lasst uns eine basisdemokratische,
312 emanzipatorische und globale Gesellschaft entwerfen, die geprägt ist vom Respekt
313 gegenüber der Natur und im Umgang miteinander. Denn es gibt weder einen friedlichen
314 noch einen grünen oder sozialen Kapitalismus.~~

Wir senden den Impuls an alle Menschen: Lasst uns eine basisdemokratische, emanzipatorische und globale Gesellschaft entwerfen, die geprägt ist vom Respekt gegenüber der Natur und im Umgang miteinander. Dazu starten wir eine Kommunikationsoffensive, wofür im Abschnitt "solidarisch leben und wirtschaften..." ein konkreter Vorschlag unterbreitet wird. Denn es gibt weder einen friedlichen noch einen grünen oder sozialen Kapitalismus.

315

Solidarisch leben und wirtschaften – für Frieden eintreten, sozial-ökologischen Umbau vorantreiben!

Die bürgerliche Gesellschaft mit ihrer kapitalistischen Wirtschaftsweise bringt große Teile der Weltbevölkerung um ein menschenwürdiges Leben. Sie bedroht das Menschsein und die Menschheit. 50 Jahre nach dem ersten Bericht des Club of Rome, der eine Übernutzung der globalen Ressourcen feststellte, werden forciert natürliche Lebensbedingungen zerstört. Seit 1995 stattfindende UN-Klimakonferenzen haben den Anstieg der globalen Erwärmung nicht gestoppt. Darunter leiden die global Ärmsten bereits seit Jahrzehnten. Die Hauptverursacher ihrer Nöte und Bedrohungen sind die Herrschenden in den Zentren der kapitalistischen

Wirtschaftsweise. Mit ihrem Profitstreben, mit der uns aufgezwungenen Lebensweise, mit ihrer „Sicherheits-“, Militarierungs- und Rüstungspolitik werden die Ressourcen zur Lösung der globalen Probleme vernichtet. Die Herrschenden führen Kriege, treiben Menschen zur Flucht, schaffen neue Kriegsgefahren einschließlich eines globalen Atomkrieges.

DIE LINKE. als sozialistische Partei, die das Soziale in das Zentrum ihrer Politik gestellt hat und an der Vision einer Gesellschaft der Freien und Gleichen festhält, hat der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik den Kampf angesagt. Sie sieht sich gefordert, ihr Ringen um Frieden, solidarischen Wirtschaften und somit um einen gerechten sozial-ökologischen Umbau zu intensivieren. DIE LINKE. will alle Formen und Instrumente demokratischer Politik nutzen, um die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland und der Europäischen Union wirksamer zu beeinflussen. Insbesondere will sie das gesellschaftliche Wirtschaftsleben demokratisieren. Das gelingt nur, wenn wir uns selbst verändern.

Daher starten wir eine Kommunikationsoffensive und werden sofort konkret:

316

1. Die Mitglieder der Partei, ihre Gliederungen, Zusammenschlüsse bzw. Arbeitsgemeinschaften und Vorstände sind aufgerufen, lokale und regionale Foren zur Schaffung von Frieden, zum sozial-ökologischen Umbau und daher zum solidarischen Wirtschaften organisieren und durchführen. Dort werden Erfahrungen, Vorstellungen, Projekte und Vorschläge, die auf Frieden, solidarischen und daher insbesondere ökologisch verantwortungsvolles Handeln zielen, diskutiert. Ein mögliches Motto ist: „Frieden schaffen, solidarisch wirtschaften damit das Leben für alle lebenswert sein kann – bei uns, in der EU und in Europa, weltweit“.
2. Der Parteivorstand bildet eine Arbeitsgruppe, die die Ergebnisse der Foren analysiert und Vorschläge für weitergehende bzw. vernetzende Aktivitäten bzw. Vorhaben unterbreitet. Die Arbeitsgruppe bereitet ein bundesweites Forum der Partei zur Friedenpolitik, zum solidarischen Wirtschaften und so zum sozial-ökologischen Umbau vor. Es soll im Kontext mit einer zentralen Veranstaltung bzw. Konferenz, die praktische Problemlösungen und Konzepte der Partei möglichst öffentlichkeitswirksam präsentiert und debattiert, veranstaltet werden. Das Forum und die Veranstaltung werden eine Tagung des Parteitages spätestens im Jahre 2024 vorbereiten bzw. mit dieser verbunden sein.
3. Die Arbeitsgruppe organisiert die Herausgabe eines Materials für die innerparteiliche politische Bildung, das „Friedenspolitik“, „solidarisches Wirtschaften“ wie sozial-ökologischen Umbau erklärt. Es wird Zusammenhänge zwischen der Ökonomie, dem Sozialen, der Ökologie und der Demokratie aufzeigen, Diskussionen anregen und auf konkretes politisches Handeln zielen. Unsere Öffentlichkeitsarbeit wird die friedenspolitische und die ökologische Dimension in unserer Gesamtpolitik wie die entsprechenden wirtschaftspolitischen Konzepte der Partei offensiver kommunizieren.
4. Auf den unter 1. und 2. genannten Foren bzw. auf der zentralen Veranstaltung/Konferenz und der Tagung des Parteitages interessiert insbesondere, wie die verschiedenen Formen demokratischer Politik – von der Straßenblockade aus Protest (z. B. gegen Castor- und Rüstungstransporte), über partizipative Prozesse, Aktivitäten im politischen Alltag, parlamentarische Arbeit und Teilhabe an Verwaltungs- und Regierungshandeln – koordiniert genutzt werden können, um unsere Politikwirksamkeit zu erhöhen. Dabei werden Probleme und Widersprüche offen und solidarisch debattiert.
5. Von den fachpolitischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern der LINKEn in den Parlamenten, Verwaltungen bzw. Regierungen wird erwartet, dass sie sich in die Vorbereitung und Durchführung der Foren aktiv einbringen. Die in der Bundesstiftung und im Stiftungsverbund der RLS tätigen Genossinnen und Genossen der Partei sind aufgerufen, sich an der innerparteilichen politischen Bildung und insbesondere an der Erarbeitung des unter Punkt 3. genannten Bildungsmaterials engagiert zu beteiligen.

Begründung

Viele der aktuellen Krisenanalysen bieten aktuell keine Perspektive und man bleibt mit der Frage nach dem "wie weiter" ratlos stehen. Eine Kommunikationsoffensive der Partei hilft uns, unseren Wählerinnen und Wählern wie gesellschaftskritisch-denkenden Demokratinnen und Demokraten den Willen zur Selbstveränderung deutlich zu machen. Sie hilft uns weiter, in der Alltagspolitik, in der Arbeit an Konzepten zur Lösung konkreter Probleme wie in der Erarbeitung bzw. Überarbeitung unserer Strategie und Programmatik voranzukommen. Wir schaffen mit dem Vorschlag einen Prozess, an dem alle beteiligt sein könnten und der die Erfahrungen der Basis, wo auch immer sie ist, mit aufnimmt.